

KURZ UND PRÄGNANT

Ehren-Dokortitel fälschlich verwendet

„Der Spiegel“ berichtete (Ausgabe 18.02.), dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Albert Weiler den an ihn verliehenen Ehren-Dokortitel aus Armenien durch das Weglassen des gesetzlich vorgeschriebenen Namenszusatzes fälschlich verwendet. Christian Schaft, wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, hat sich mit einer Mündlichen Anfrage an die Landesregierung gewendet: „Das Thüringer Hochschulgesetz hat dazu klare Festlegungen, die auch nach meiner Auffassung vom Bundestagsabgeordneten Albert Weiler sträflich vernachlässigt werden.“ Nach § 53 Absatz 6 ist ein solcher Ehrengrad „unter Angabe der verleihenden Stelle“ zu führen. „Diese klare Vorgabe ignoriert Albert Weiler u.a. auf seiner Homepage fortgesetzt. Ich möchte deshalb von der Landesregierung wissen, wie sie diese unrechtmäßige Anwendung beurteilt und welche Möglichkeiten bestehen, Herrn Weiler zur Gesetzeskonformität zu bewegen. Es ist auch insbesondere deswegen von Bedeutung, die verleihende Stelle zu nennen, weil so mögliche Abhängigkeiten aufgezeigt werden.“ Außerdem verweise „Der Spiegel“ darauf, dass der Titel als Dank für Lobbyarbeit verliehen worden sei. ■

Freie Netze, moderne Daseinsvorsorge

„In zu kleinen Schritten nähert sich die Große Koalition im Bund den notwendigen Rahmenbedingungen für freie WLAN-Netze. Für DIE LINKE steht fest: Freie Netze an möglichst vielen Orten sind heute ein wesentlicher Bestandteil moderner Daseinsvorsorge“, kommentierte Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die Ankündigung von neuerlichen Nachbesserungen am Telemediengesetz mit dem Ziel, die Störerhaftung (Mithaftung des Funkdaten-netz-Betreibers, wenn über sein Netz Straftaten verübt werden) weiter einzuschränken.

„Die Nachbesserung am Telemediengesetz ist notwendig, um insbesondere kleinen und nichtkommerziellen Anbietern die Öffnung ihrer Netze zu ermöglichen, ohne dass sie Furcht vor hohen Gerichtskosten haben müssen, obwohl sie sich selbst nichts zu Schulden kommen lassen haben. Kleine Freifunk-Vereine würden schnell von solchen Kosten in ihrer Existenz bedroht. Aber auch kleine Cafés, Restaurants und Pensionen, wie sie den Thüringer Tourismus prägen, würden von solcher Rechtssicherheit sehr profitieren“, betonte die Abgeordnete. ■

Vorwurf zurückgewiesen

MdL Kati Engel: Drogenkonsum ist Marker für gesellschaftliche Fehlentwicklungen

Den Vorwurf der CDU-Fraktion, sie habe in der Debatte im Landtag am 24. Februar den Drogenkonsum junger Mütter verharmlost, hat Kati Engel, Sprecherin für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik der Linksfraktion, entschieden zurückgewiesen.

„Die Problematik der suchterkrankten Eltern und ihrer Kinder ist vielfältiger und hat mehr Ebenen, als es die CDU in ihrem Antrag dargestellt hat.“ Es sei viel zu kurz gegriffen, Drogengebrauch mit Experimentierfreude und Unkenntnis abzutun. „Nicht umsonst fruchten Verbote nicht und führt die reine Abstinenztherapie meist zu Rückfällen. Die CDU ignoriert die gesellschaftlichen Ursachen, wie den stetig steigenden Leistungsdruck und die wachsende soziale Ungleichheit“, sagte Kati Engel.

Crystal sei eine aufputschende Droge, die sowohl Leistungsgrenzen vergessen mache als auch Ängste nehme. „Es ist doch bezeichnend für unsere Gesellschaft, dass gerade der Gebrauch dieser Droge und anderer Amphetamine zunimmt und das halluzinogen wirkende Heroin als vorherrschende Droge längst abgelöst hat. Der Konsum von Drogen ist ein Marker für

Fehlentwicklungen in der Gesellschaft“, so die Abgeordnete weiter.

„Wir werden allein mit Repressionen die drogenbedingten Probleme nicht in den Griff bekommen. Sondern wir müssen endlich anfangen, die Ursachen für den Konsum zu verstehen und gezielt anzugehen.“ Die CDU verkenne zudem die gesellschaftliche Realität: „Die Problemfrage Nummer eins ist und bleibt der Alkohol. Wenn über Drogengebrauch von Schwangeren oder Müttern geredet wird, helfen Unterteilungen, wie in ‚legale‘ und ‚illegale‘ Drogen, nicht weiter, denn sie sagen rein gar nichts über die eigentliche Gefährlichkeit dieser Substanzen“, unterstrich die LINKE-Politikerin, selbst Mutter zweier Kinder.

Für mehr Vielfalt in der Suchthilfelandtschaft

„Es gibt viel mehr Kinder, die durch Alkoholkonsum oder Rauchen in der Schwangerschaft geschädigt werden, als Neugeborene, die mit Entzugssyndromen durch Heroin oder Substitutionsmittel auf die Welt kommen. Alkoholkonsum während der Schwangerschaft verursacht die am häufigsten vermeidbare Fehlbildung: das Fetale Alkohol Syndrom.“

Die CDU verkenne auch, dass die Kinder suchtkranker Eltern nicht nur während der Schwangerschaft oder kurz nach der Geburt Hilfe benötigten. Auch durch das Aufwachsen in suchbelasteten Familien sei ihre gesunde Entwicklung gefährdet.

Die Landtagsabgeordnete kritisierte: „Erst wenn es zu spät ist, erst, wenn Kinder und Jugendliche krank oder sozial auffällig werden, greifen die Hilfesprünge aus der Jugendhilfe oder der Krankenversicherung.“ Außerdem setzt sie sich für mehr Vielfalt in der Suchthilfelandtschaft und eine wissenschaftliche Begleitung ein, „damit passgenaue Hilfe angeboten werden kann“.

„Der Antrag der CDU-Fraktion beinhaltet keinen einzigen Vorschlag, der nach vorne weist und neue Wege in der Drogenpolitik beschreitet. Für sich genommen sind einige Punkte natürlich nicht zu beanstanden, denn sie sind ebenso richtig wie unkonkret. Da der Antrag aber ein wichtiges Thema aufmacht, haben wir ihn in den Fachausschuss überwiesen, um dort weiter zu beraten und gemeinsam eine Verbesserung für alle Betroffenen zu erreichen“, so Kati Engel. ■

Fusionsdiskussionen: Für dauerhaft tragfähige Lösungen

Die geplante Gesprächsrunde der Bürgermeister der Region Schmalkalden-Meiningen und Wartburgkreis (Freies Wort/Südthüringer Zeitung vom 24.02.) wurde von den LINKEN Landtagsabgeordneten der Region Anja Müller, Steffen Harzer und Ronald Hande begrüßt. Für sie ist dies ein richtiger und wichtiger Schritt der Verwaltungschefs, die Freiwilligkeitsphase im Rahmen der anstehenden Thüringer Gebietsreform für ihre jeweiligen Kommunen zu nutzen.

Den Gedanken, die beiden Landkreise mit der Stadt Eisenach zu fusionieren, sehen die drei Parlamentarier jedoch kritisch. „Für den Raum Südwestthüringen ist eine Gebietsstruktur mit dem Zentrum Suhl/Zella-Mehlis in Form einer großen kreisangehörigen Stadt entscheidend“, hob Ronald Hande hervor. „Ein Zusammenschluss von Wartburgkreis und Schmalkalden-Meiningen mit Eisenach schafft dagegen keine bessere Lösung für den gesamten Raum südlich des Rennsteigs.“ Die Verflechtungen der Region Schmalkalden gingen außerdem nach allen Seiten, wie auch am Beispiel der Rhön-Rennsteigsparkasse festzustellen ist.

Ebenso sieht es der Meininger Abgeordnete und frühere Bürgermeister von Hildburghausen Steffen Harzer. „Die Region Hildburghausen und Sonneberg würde bei dieser vorgeschlagenen Variante abgehängt. Der Vorschlag der Landesregierung ist durchdacht und Meinungen könnte darin Kreisstadt



bleiben mit Verwaltungssitzen in den früheren Kreisstädten.“ Zudem sei eine Gebietskulisse mit zwei Theaterstandorten auf Dauer wohl schwer zu halten. Die Frage, ob einzelne Kommunen zum Maßstab einer Kreisgebietsreform gemacht werden sollten, liegt in den Regelungen des Landesentwicklungsplans sowie des Vorschaltgesetzes und muss den Interessen der Menschen in ganz Thüringen entsprechen. Unabhängig davon können einzelne Kommunen auch über bestehende Kreisgrenzen hinweg neue Gebilde schaffen.

„Mit den Möglichkeiten der Freiwilligkeit kann auch eine Lösung im Sinne einer Thüringer Rhön geschaffen werden“, betonte Anja Müller. Für die Ab-

geordnete aus dem Raum Bad Salzungen könnte die Verwaltungsgemeinschaft „Hohe Rhön“ in den Wartburgkreis wechseln. Gleiches gilt für die Stadt Breitungen. „Das Vorschaltgesetz bietet diese Möglichkeit und die Kommunen der Rhön sollten diese im Sinne einer vereinten Thüringer Rhön nutzen“, so Anja Müller weiter.

Der Stand von Bad Salzungen als Kreisstadt wäre in einer Konstellation Wartburgkreis-Schmalkalden-Meiningen eher unwahrscheinlich. Die drei LINKEN Landespolitiker sehen in dem neuen Vorschlag zwar einen im Einzelfall nachvollziehbaren Gedanken, jedoch keine dauerhaft tragfähige Lösung für den gesamten Raum Südwestthüringen. Foto: Peter Lahn ■